Wider die Landschaftsverarmung

Autor(en): **Badilatti, Marco**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **78 (1983)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-175086

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

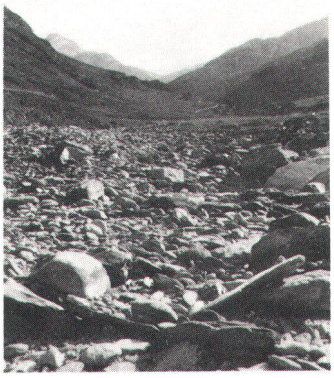
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sauvegardons nos eaux

Partie de l'association des pêcheurs bernois, l'initiative populaire pour la sauvegarde de nos eaux est présentement soutenue par neuf organisations suisses, dont la Ligue suisse du patrimoine national. Le malaise est d'abord né des constants atermoiements concernant le problème des eaux résiduelles en aval des barrages. Puis est venue la grosse offensive des hydro-électriciens, visant quasiment tous les cours d'eau non encore utilisés; du Rhône au Rhin, de l'Inn à l'Aar, sans parler de la région préalpine, quelques 25 projets sont à l'étude – dont la production de courant qu'on en attend est sans proportion avec l'énormité des sacrifices qu'ils impliquent pour la nature et le paysage.

Au demeurant, de nombreux lacs et cours d'eau, et leur zones riveraines, sont dans un état alarmant; le perfectionnisme et l'esprit technocratique amènent à corriger ou canaliser jusqu'aux moindres ruisseaux, à draîner les zones humides et à utiliser toutes les forces hydrauliques possibles; indépendamment du fait que les écosystèmes, aussi complexes que délicats, subissent de graves dommages, les atteintes aux paysages se multiplient. A cet égard, l'addition d'une foule d'interventions localisées exerce à la longue un



Wollen wir vielfältige und ökologisch tragfähige Landschaften mit natürlichen Bachläufen und hohem Selbstregulierungsvermögen (links) oder noch mehr Flussleichen in der Art des Bildes rechts? (Bilder SL)

Voulons-nous des paysages variés et satisfaisant à l'écologie, avec des cours d'eau naturels et de forte capacité autorégulatrice (à gauche), ou plus encore de rivières mortes, comme celle de la photo de droite?

Wider die Landschafts-verarmung

Die letzten natürlichen Bäche, Flüsse und Seen sollen umfassend geschützt und Eingriffe in die ebenfalls selten gewordenen naturnahen Gewässer beschränkt werden. Belastete Abschnitte sind zu sanieren und bei neuen Stauprojekten ist eine ausreichende Wasserführung zu gewährleisten. Dies sind in groben Zügen die wichtigsten Ziele der anfangs Juni vom Schweizer Heimatschutz mitlancierten «Volksinitiative zur Rettung unserer Gewässer», mit der ein Bundesverfassungsartikel 24^{octies} eingeführt werden soll.

Das auf Anstoss des Bernisch Kantonalen Fischerei-Verbandes zurückgehende Volksbegehren wird getragen von neun gesamtschweizerischen Umweltschutz- und Fischereiorganisationen. Das Initiativkomitee hofft, die nötige Unterschriftenzahl bis Ende 1983 zusammenzubringen (siehe Einlage in der Mitte dieser Zeitschrift).

Deutliche Worte

Anlässlich einer Pressekonferenz wies der Präsident des Initiativkomitees, Nationalrat *Erwin Akeret (Winterthur),* hin auf die Schwierigkeiten, Naturschutzanliegen in der Tagespolitik durchzusetzen, und skizzierte die Entstehungsgeschichte des Volksbegehrens. Unmittelbarer Auslöser war das seit Jahren verschleppte Restwasserproblem. Umgekehrt sei «ein neuer Grossangriff auf unsere noch verbliebenen freien Gewässer im Gange», dem ein Riegel geschoben werden müsse. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Inn im Unterengadin, an Gletsch und an die Rhone im Goms, an das Greina-Projekt, an dasjenige zwischen Filisur und Tiefencastel, an das Münstertal-Kraftwerk, die Abtreppung des Rheins von Ems bis Sevelen, die Ausbaggerung der Aare sowie an kleinere Projekte im Voralpengebiet. Rund 20 bis 25 Vorhaben lägen noch in den Schubladen. Die durch sie zu erzielende Mehrproduktion an Elektrizität stünde in keinem Verhältnis zu den Opfern, die dafür erbracht werden müssten. Scharf ins Gericht zog er mit der Elektrizitätswirtschaft, die beispielsweise beim Restwasserproblem in Ilanz nicht bereit sei, «auch nur ein Jota von ihrer Position abzurücken».

Regierungsrat *Dr. Kurt Meyer (Bern),* Präsident des Bernisch Kantonalen Fischerei-Verbandes, verglich die Anliegen der Gewässerschutzinitianten mit denjenigen, die vor 100 Jahren zu einer zukunftsweisenden Forstgesetzgebung führten, und stellte die Ziele der neuen Gewässerschutz-Initiative vor. Schliesslich unterstrich die Waadtländer Grossrätin *Dr. Marguerite Narbel (Lausanne),* dass der Initiativtext trotz seiner Strenge differenziert sei, die Beteiligten jedoch zwinge, verschiedene Interessen sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Auch sei zu hoffen, dass das Volksbegehren zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen des quantitativen Gewässerschutzes beitrage.

Triviales bekämpfen

In der Tat: Die Initianten greifen mit ihrem Begehren ein Thema auf, das in den letzten Jahren häufig zu erbitter-

Eidgenössische

VOLKSINITIATIVE ZUR RETTUNG UNSERER GEWÄSSER

im Bundesblatt veröffentlicht am 31. Mai 1983

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 24octies (neu)

1 Natürliche Gewässer und Gewässerabschnitte, die noch weitgehend ursprünglich sind, sind samt ihrem Uferbereich umfassend zu schützen.

2 Eingriffe in naturnahe Gewässerabschnitte, die trotz bestehender Belastungen ihr ursprüngliches landschaftliches Erscheinungsbild und ihre ökologischen Funktionen weitgehend bewahrt haben, sind örtlich zu beschränken. Unzulässig sind Eingriffe zu Nutzungszwecken, die unmittelbar oder durch Folgewirkungen den ökologischen oder landschaftlichen Charakter von naturnahen oder von grösseren stark belasteten Gewässerabschnitten verändern.

3 Belastete Gewässer und Gewässerabschnitte sind samt ihren Uferbereichen unter Berücksichtigung ihrer Zuflüsse und Vorfluter zu sanieren, sofern die Wiederherstellung eines naturnahen Zustandes aus ökologischer oder landschaftlicher Sicht gerechtfertigt ist. Die freie Fischwanderung sowie die natürliche Fortpflanzung der Tiere sind zu sichern.

4 Eingriffe in Gewässer und ihre Uferbereiche sind schonend durchzuführen und auf das unerlässlich Nötige zu beschränken.

5 Wasserbaupolizeiliche Eingriffe sind nur zulässig, wenn der Schutz von Leben und Gesundheit des Menschen oder von erheblichen Sachwerten sie zwingend erfordern.

6 Bei neuen und bestehenden Stauhaltungen und Wasserentnahmen ist dauernd und auf der ganzen Länge der Fliessstrecke eine ausreichende Wasserführung zu gewährleisten. Als ausreichend gilt die Wasserführung, wenn insbesondere die standortgemässen Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen fortbestehen können, schutzwürdige Landschaften oder wertvolle Landschaftselemente sowie Grundwasservorkommen hinsichtlich Menge und Güte nicht erheblich beeinträchtigt werden, eine genügende Verdünnung der Abwässer sichergestellt ist und die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten bleibt.

7 Die Schmälerung wohlerworbener Rechte wird nach Massgabe von Artikel 22ter entschädigt. Für die Abgeltung entschädigungspflichtiger Eigentumsbeschränkungen errichtet der Bund einen Fonds, den die Besitzer von Wasserkraftwerken zu speisen haben.

8 Den Organisationen des Natur-, Heimat- und Umweltschutzes sowie der Fischerei kommt Parteistellung zu.

9 Einsprachen und Beschwerden, die sich gegen nutzungsbedingte Eingriffe in Gewässer richten, haben aufschiebende Wirkung.

Übergangsbestimmungen

1 Vorhaben, für die rechtsgültige Konzessionen oder Bewilligungen vorliegen, gelten als neue Eingriffe, sofern im Zeitpunkt der Annahme von Artikel 24octies mit den wesentlichen Bauarbeiten noch nicht begonnen worden ist.

2 Bis zum Vorliegen der gesetzlichen Bestimmungen erlässt der Bundesrat die erforderlichen Ausführungsvorschriften und regelt insbesondere das Bewilligungs- und Sanierungsverfahren. Liegen diese Vorschriften zwei Jahre nach Annahme von Artikel 24octies nicht vor, dürfen nur noch wasserbaupolizeiliche Eingriffe bewilligt werden.

3 Artikel 24octies und die vorstehenden Bestimmungen treten mit ihrer Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich.

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: _____ Politische Gemeinde, PLZ: _____

Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Ablauf der Sammelfrist: 1. Dezember 1984

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

_____, den_____

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Amtsstempel: _____

_____

Das Initiativkomitee, bestehend aus den nachstehenden Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit zurückzuziehen:

Erwin Akeret, Dr. iur., Nationalrat, Wülflingerstrasse 235, 8408 Winterthur, Präsident • Werner Bähler, Präsident des Kantonal Aargauischen Fischerei-Verbandes, Lindenhof 11, 5430 Wettingen • Monique Bauer-Lagier, Conseillère aux Etats, 30, Ch. de la Genévrière, 1213 Onex • Maurice Besançon, Vice-Président de la Fédération Suisse de Pêche et Pisciculture, rue des Moulins 28, 1400 Yverdon • Olivier Biber, Schweiz. Landeskomitee für Vogelschutz, Kirchenfeldstrasse 32, 3005 Bern • Gallus Cadonau, lic. iur., Präsident der Pro Rein Anteriur, Casa 124, 7199 Waltensburg • Max Chopard, Nationalrat, Aqua Viva, Bodenäckerstrasse 24, 5417 Untersiggenthal • Armando Dadò, editore, membro del gran consiglio, 6671 Cavergno • René Dreyer, Président de la Fédération Cantonale Valaisanne des Pêcheurs Amateurs, Rhonesand 21, 3900 Brigue • Bruno Ferrini, Dr. Ing. Chem. Dipl. ETH, Presidente dell'Associazione Ticinese Protezione Ambiente, S.Frati 3A, 6900 Lugano • Kurt Furrer, lic. rer. pol., Aqua Viva, Aegertenstrasse 22, 3005 Bern • Konrad Graf, alt Ständerat, Präsident des Rheinaubundes, Bergtrotte, 8260 Stein am Rhein • Ernst Hirt, Präsident der Aqua Viva, Neuenburgstrasse 54, 2504 Biel • Fritz Hirt, Präsident des Schweiz. Landeskomitees für Vogelschutz, Oberdorf 43, 8164 Bachs • Thomas Ilg, lic. rer. pol., WWF Schweiz, Thutplatz 13, 4800 Zofingen • Rudolf Jaeger, Präsident des Schweizerischen Berufsfischer-Verbandes, Mornee 80, 6984 Pura • Remigius Kaufmann, Dr. iur., Rechtsanwalt, Nationalrat, Marktgasse 20, 9000 St. Gallen • Elisabeth Kopp, lic. iur., Nationalrätin, Drei Eichen, 8126 Zumikon • Ernst Kurt, Bürenstrasse 25, 3007 Bern • René Longet, conseiller national, Président de l'Institut suisse de la vie, Place des Philosophes 12, 1205 Genève • Jakob Lücker, Kantonaler Fischereiverein Graubünden, Promenade 49, 7270 Davos Platz • Kurt Meyer, Dr. iur., St. Urbanstrasse 52, 4914 Roggwil • Jacques Morier-Genoud, avocat, Vice-Président de la Ligue suisse pour la protection de la nature, ch. de Chandieu 6, 1006 Lausanne • Hans Oester, Dr. oec., Nationalrat, Drusbergstrasse 36, 8053 Zürich • Heinrich Ott, Dr. theol., Universitätsprofessor, Nationalrat, Emil-Frey-Strasse 61, 4142 Münchenstein • Gilles Petitpierre, Professeur à l'université, conseiller national, Place du Bourg-de-Four 7, 1204 Genève • Willy-A. Plattner, Dr., Präsident des Schweizerischen Bundes für Naturschutz, Schneebergstrasse 4, 9000 St. Gallen • Hans S. Riedo, Vizepräsident des Fischereiverbandes des Kantons Zürich, im Alber 4, 8462 Rheinau • Emil Schaffer, Zentralpräsident der Naturfreunde/Schweiz. Touristen-Verein, Rumiweg 19, 4900 Langenthal • Jürg Scherer, Dr. iur., Schweizer Heimatschutz, Gotthardstrasse 15, 6045 Meggen • Fritz-H. Schmid, Vizepräsident des Solothurner Kantonalen Fischereiverbandes, Hohlenstrasse 20, 2540 Grenchen • Leo Schmid, Redaktor, Aqua Viva, Büelrainstrasse 44, 8400 Winterthur • Kurt Schüle, lic. oec., Nationalrat, Klausweg 64, 8200 Schaffhausen • Regine Sträuli, Dr. iur., Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Streulistrasse 76, 8032 Zürich • Hans Utzinger, Dr. phil. II, Schweizerischer Bund für Naturschutz, Gatternweg 41, 4125 Riehen • Rudolf Weber, Naturfreunde/Schweiz. Touristen-Verein, obere Zollgasse 53, 3072 Ostermundigen • Roland Wiederkehr, Geschäftsführer WWF Schweiz, Eichacher 22, 8904 Aesch.

Die Volksinitiative wird von folgenden Organisationen getragen:

- Schweizerischer Fischerei-Verband (SFV),
- Aqua Viva,
- WWF Schweiz,
- Rheinaubund,
- Schweizer Heimatschutz (SHS),
- Schweizerisches Landeskomitee für Vogelschutz (SLKV),
- Naturfreunde/Schweizerischer Touristen-Verein,
- Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU),
- Schweizerischer Bund für Naturschutz (SBN).

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt bis 31. Oktober 1983 zurückzusenden an:

Volksinitiative zur Rettung unserer Gewässer, Postfach, 3000 Bern 23.

Das Initiativkomitee holt die Stimmrechtsbescheinigungen von den Gemeindeverwaltungen ein!

Wichtige Hinweise für die Unterschriftensammler!

- Wer eine andere Unterschrift als die seinige auf die Unterschriftenbogen setzt, macht sich strafbar.
- Nur in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigte dürfen unterschreiben, das heisst Frauen und Männer, die das 20. Altersjahr erreicht haben.
- **Auf einem Unterschriftenbogen dürfen nur die Stimmberechtigten aus der gleichen politischen Gemeinde unterschreiben.**
- Zuerst muss der Familienname und dann der Vorname geschrieben werden! Gänsefüsschen, dito und ähnliche Abkürzungen sind nicht gestattet.
  Familien- und Vornamen müssen ganz ausgeschrieben werden.
- Lassen Sie den Bogen bitte **handschriftlich** ausfüllen, und zwar mit Kugelschreiber und **nicht** mit Bleistift!
- Bitte senden Sie die ausgefüllten Bogen **so rasch als möglich** an folgende Adresse:
  Volksinitiative zur Rettung unserer Gewässer, Postfach, 3000 Bern 23.
- Jede Unterschrift zählt. Bitte auch Bogen zurücksenden, die nicht vollständig ausgefüllt sind.
- **Weitere Unterschriftenbogen können bestellt werden bei: Fritz Schläfli, Tavelweg 2, 4914 Roggwil, Tel. 063 / 49 16 60.**
- Die Stimmrechtsbescheinigung wird vom Initiativkomitee eingeholt. Bitte keine Bogen an die Gemeindeverwaltungen senden!
- Bitte bis spätestens **31. Oktober 1983** zurücksenden an:

  Volksinitiative zur Rettung unserer Gewässer, Postfach, 3000 Bern 23.

Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen bestens!

Spenden auf das Postcheckkonto «Volksinitiative zur Rettung unserer Gewässer» PC 30-2520 sind jederzeit willkommen und werden zum voraus herzlich verdankt.

Geschäftsführer:
Tobias Winzeler, Seilerstrasse 27, 3011 Bern
Telefon 031 / 25 32 52.

INITIATIVE POPULAIRE FEDERALE POUR LA SAUVEGARDE DE NOS EAUX

Publiée dans la Feuille fédérale le 31 mai 1983

Les citoyennes et citoyens soussignés ayant le droit de vote demandent, en vertu de l'article 121 de la constitution fédérale et conformément à la loi fédérale du 17 décembre 1976 sur les droits politiques, art. 68s.:

La constitution fédérale est complétée comme il suit:

Art. 24octies (nouveau)

1 Les eaux et leurs secteurs naturels qui sont encore en grande partie dans leur état originel feront, ainsi que leurs zones riveraines, l'objet d'une protection intégrale.

2 Toute intervention dans des secteurs proches de l'état naturel qui, malgré les atteintes qui y ont été portées, ont conservé dans une large mesure l'aspect originel de leur paysage et leurs fonctions écologiques, sera limitée localement. Les interventions à des fins d'exploitation qui modifient de façon directe ou par répercussion le caractère écologique ou l'aspect caractéristique du paysage de secteurs proches de l'état naturel ou d'importants secteurs ayant subi de fortes atteintes sont interdites.

3 Les eaux et secteurs ayant subi des atteintes ainsi que leurs zones riveraines seront assainis, compte tenu de leurs affluents et de leurs exutoires, pour autant que le rétablissement de conditions proches de l'état naturel s'avère judicieux sous l'angle de l'écologie ou de la protection du paysage. La libre migration des poissons et la reproduction naturelle de la faune devront être assurées.

4 Toute intervention dans les eaux et leurs zones riveraines sera effectuée avec ménagement et limitée au strict nécessaire.

5 Toute intervention de la police des eaux ne sera autorisée que lorsque la protection de la vie et de la santé d'êtres humains ou la protection de biens importants l'exigeront de manière impérative.

6 Pour toute installation de retenue ou tout prélèvement nouveau ou existant, un débit d'eau suffisant sera assuré en permanence tout le long du cours d'eau. Le débit sera considéré comme suffisant lorsque notamment les biocénoses locales peuvent subsister, les paysages dignes de protection ou les éléments de valeur du paysage ainsi que les ressources en eaux souterraines ne sont altérés ni quantitativement ni qualitativement, la dilution des eaux usées est assurée et la fertilité du sol sauvegardée.

7 La restriction des droits acquis sera indemnisée conformément à l'article 22ter. Afin de permettre le versement des indemnités pour les restrictions à la propriété, lorsqu'il est obligatoire, la Confédération constituera un fonds qui sera alimenté par les propriétaires de centrales hydro-électriques.

8 Les organisations de protection de la nature, du paysage, de l'environnement et de la pêche peuvent se porter partie à des procédures.

9 Les oppositions et recours relatifs aux interventions dans les eaux, nécessitées par l'exploitation, ont un effet suspensif.

Dispositions transitoires

1 Les projets pour lesquels des concessions ou des autorisations en bonne et due forme ont été obtenues seront considérés comme de nouvelles interventions pour autant que les travaux de construction essentiels n'aient pas encore débuté au moment de l'adoption de l'article 24octies.

2 Le Conseil fédéral édictera les prescriptions d'exécution nécessaires et réglera notamment la procédure d'autorisation et d'assainissement jusqu'à ce que des dispositions légales entrent en force. Si ces prescriptions ne sont pas édictées dans les deux ans qui suivent l'adoption de l'article 24octies, seules des interventions de la police des eaux pourront être autorisées.

3 L'article 24octies et les dispositions ci-dessus entrent en vigueur dès leur adoption par le peuple et les cantons.

Seuls les citoyens actifs résidant dans la commune indiquée en tête de la liste peuvent y apposer leur signature. Le citoyen qui appuie la demande doit la signer de sa main.

Celui qui falsifie le résultat d'une collecte de signatures à l'appui d'une initiative populaire est punissable selon l'article 282 du code pénal.

Canton: _____ Commune politique, numéro postal: _____

No	Nom (écrire à la main et en majuscules)	Prénom	Année de naissance	Adresse exacte (rue et numéro)	Contrôle (laisser en blanc)
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Expiration du délai imparti pour la collecte des signatures: 1er décembre 1984

Le fonctionnaire soussigné certifie que les signataires de l'initiative dont les noms figurent ci-dessus ont le droit de vote en matière fédérale dans la commune susmentionnée et y exercent leurs droits politiques.

_____, le _____

Le fonctionnaire compétent pour l'attestation (signature manuscrite et fonction officielle)

Sceau: _____

_____

Le comité d'initiative, composé des auteurs de celle-ci désignés ci-après, est autorisé à retirer la présente initiative populaire par une décision prise à la majorité de ses membres:

Erwin Akeret, Dr. iur., Nationalrat, Wülflingerstrasse 235, 8408 Winterthur, Präsident • Werner Bähler, Präsident des Kantonal Aargauischen Fischerei-Verbandes, Lindenhof 11, 5430 Wettingen • Monique Bauer-Lagier, Conseillère aux Etats, 30, Ch. de la Genévrière, 1213 Onex • Maurice Besançon, Vice-Président de la Fédération Suisse de Pêche et Pisciculture, rue des Moulins 28, 1400 Yverdon • Olivier Biber, Schweiz. Landeskomitee für Vogelschutz, Kirchenfeldstrasse 32, 3005 Bern • Gallus Cadonau, lic. iur., Präsident der Pro Rein Anteriur, Casa 124, 7199 Waltensburg • Max Chopard, Nationalrat, Aqua Viva, Bodenäckerstrasse 24, 5417 Untersiggenthal • Armando Dadò, editore, membro del gran consiglio, 6671 Cavergno • René Dreyer, Président de la Fédération Cantonale Valaisanne des Pêcheurs Amateurs, Rhonesand 21, 3900 Brigue • Bruno Ferrini, Dr. Ing. Chem. Dipl. ETH, Presidente dell'Associazione Ticinese Protezione Ambiente, S.Frati 3A, 6900 Lugano • Kurt Furrer, lic. rer. pol., Aqua Viva, Aegertenstrasse 22, 3005 Bern • Konrad Graf, alt Ständerat, Präsident des Rheinaubundes, Bergtrotte, 8260 Stein am Rhein • Ernst Hirt, Präsident der Aqua Viva, Neuenburgstrasse 54, 2504 Biel • Fritz Hirt, Präsident des Schweiz. Landeskomitees für Vogelschutz, Oberdorf 43, 8164 Bachs • Thomas Ilg, lic. rer. pol., WWF Schweiz, Thutplatz 13, 4800 Zofingen • Rudolf Jaeger, Präsident des Schweizerischen Berufsfischer-Verbandes, Mornee 80, 6984 Pura • Remigius Kaufmann, Dr. iur., Rechtsanwalt, Nationalrat, Marktgasse 20, 9000 St. Gallen • Elisabeth Kopp, lic. iur., Nationalrätin, Drei Eichen, 8126 Zumikon • Ernst Kurt, Bürenstrasse 25, 3007 Bern • René Longet, conseiller national, Président de l'Institut suisse de la vie, Place des Philosophes 12, 1205 Genève • Jakob Lücker, Kantonaler Fischereiverein Graubünden, Promenade 49, 7270 Davos Platz • Kurt Meyer, Dr. iur., St. Urbanstrasse 52, 4914 Roggwil • Jacques Morier-Genoud, avocat, Vice-Président de la Ligue suisse pour la protection de la nature, ch. de Chandieu 6, 1006 Lausanne • Hans Oester, Dr. oec., Nationalrat, Drusbergstrasse 36, 8053 Zürich • Heinrich Ott, Dr. theol., Universitätsprofessor, Nationalrat, Emil-Frey-Strasse 61, 4142 Münchenstein • Gilles Petitpierre, Professeur à l'université, conseiller national, Place du Bourg-de-Four 7, 1204 Genève • Willy-A. Plattner, Dr., Präsident des Schweizerischen Bundes für Naturschutz, Schneebergstrasse 4, 9000 St. Gallen • Hans S. Riedo, Vizepräsident des Fischereiverbandes des Kantons Zürich, im Alber 4, 8462 Rheinau • Emil Schaffer, Zentralpräsident der Naturfreunde/Schweiz. Touristen-Verein, Rumiweg 19, 4900 Langenthal • Jürg Scherer, Dr. iur., Schweizer Heimatschutz, Gotthardstrasse 15, 6045 Meggen • Fritz-H. Schmid, Vizepräsident des Solothurner Kantonalen Fischereiverbandes, Hohlenstrasse 20, 2540 Grenchen • Leo Schmid, Redaktor, Aqua Viva, Büelrainstrasse 44, 8400 Winterthur • Kurt Schüle, lic. oec., Nationalrat, Klausweg 64, 8200 Schaffhausen • Regine Sträuli, Dr. iur., Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Streulistrasse 76, 8032 Zürich • Hans Utzinger, Dr. phil. II, Schweizerischer Bund für Naturschutz, Gatternweg 41, 4125 Riehen • Rudolf Weber, Naturfreunde/Schweiz. Touristen-Verein, obere Zollgasse 53, 3072 Ostermundigen • Roland Wiederkehr, Geschäftsführer WWF Schweiz, Eichacher 22, 8904 Aesch.

L'initiative populaire est soutenue par les organisations suivantes:

- Fédération Suisse de Pêche et Pisciculture
- Aqua Viva
- Fondation WWF Suisse pour l'environnement naturel
- Rheinaubund
- Ligue suisse du patrimoine national
- Comité suisse pour la protection des oiseaux
- Amis de la Nature/Union Touristique Suisse
- Institut suisse de la vie (branche romande de la Société suisse pour la protection du milieu vital)
- Ligue suisse pour la protection de la nature

La liste de signatures doit être renvoyée, entièrement ou partiellement remplie, jusqu'au 31 octobre 1983 à l'adresse suivante:

Initiative populaire pour la sauvegarde de nos eaux, case postale, 3000 Berne 23.

Le comité d'initiative se chargera de demander l'attestation de la qualité d'électeur des signataires.

Remarques importantes pour les collecteurs de signatures

- Celui qui appose une signature autre que la sienne sur la liste est punissable selon l'article 282 du code pénal.
- Seuls ceux qui sont admis à voter sur le plan fédéral ont le droit de signer l'initiative, c'est-à-dire les citoyennes et les citoyens âgés de 20 ans et plus.
- **Seuls les citoyens actifs résidant dans la commune indiquée en tête de la liste peuvent y apposer leur signature.**
- Faire inscrire tout d'abord le nom de famille puis les prénoms! Les guillemets et autres abréviations ne sont pas admis.
  Les noms de famille et les prénoms doivent être écrits en toutes lettres.
- Faire remplir les listes **à la main** à l'aide d'un stylo et **non** d'un crayon.
- Envoyer le plus rapidement possible les listes remplies à l'adresse suivante:
  Initiative populaire pour la sauvegarde de nos eaux, case postale, 3000 Berne 23
- Chaque signature compte. Veuillez également retourner les listes qui ne sont pas entièrement remplies.
- **On peut commander d'autres listes de signatures auprès de: Monsieur Fritz Schläfli, Tavelweg 2, 4914 Roggwil, tél. 063 / 49 16 60**
- Le comité d'initiative se chargera de demander l'attestation de la qualité d'électeur des signataires. N'envoyez aucune liste de signatures à l'administration communale.
- Listes à retourner au plus tard jusqu'au **31 octobre 1983** à l'adresse suivante:

  Initiative populaire pour la sauvegarde de nos eaux, case postale, 3000 Berne 23.

Nous vous remercions de tout cœur de votre soutien!

Vos dons sont en tout temps les bienvenus sur le compte de chèques postaux «Initiative populaire pour la sauvegarde de nos eaux» CCP 30-2520; d'avance nous vous en remercions vivement.

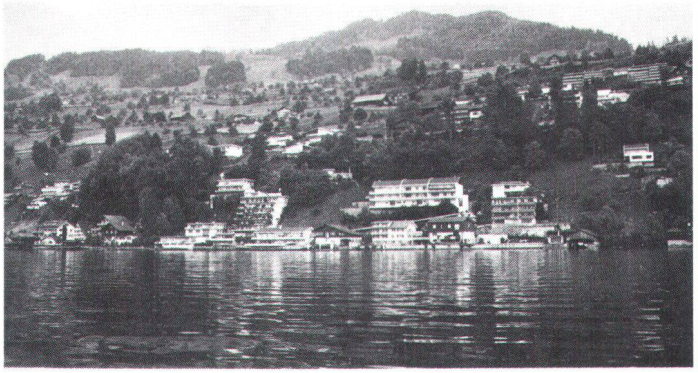
Administrateur:
Tobias Winzeler, Seilerstrasse 27, 3011 Berne
Téléphone 031 / 25 32 52.

ten Kontroversen geführt hat. Zahlreiche Fliessgewässer und Seen und ihre Umgebung befinden sich in einem kläglichen Zustand. Perfektionistisches und technokratisches Denken verleiten immer mehr dazu, kleine Bäche zu korrigieren oder einzudolen, Flüsse über kürzere und längere Strecken zwischen ungetümen Wällen einzubetten, Feuchtgebiete zu entwässern und auch die nur noch spärlich vorhandenen natürlichen Flussläufe durch *neue Wasserkraftwerkprojekte* in ihrer Existenz zu gefährden. Ganz abgesehen davon, dass die komplizierten Ökosysteme unserer Gewässer und ihrer Uferbereiche auf solche Eingriffe empfindlich reagieren, führen diese auch zu einer mehr als nur problematischen Trivialisierung der Landschaft. Dabei sind es keineswegs nur die spektakulären Grossprojekte, die zu den unerwünschten Veränderungen beitragen. Die Summe kleiner punktueller Eingriffe wirkt sich langfristig nicht minder verhängnisvoll aus.

Diese ungünstige Entwicklung ist nach Ansicht der Initianten nur zu bremsen, wenn jene Rechtsvorschriften, die sich als lückenhaft oder unwirksam erwiesen haben, verschärft und umfassender ausgestaltet werden. Dazu gehören das *Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz,* das Bundesgesetz über den Gewässerschutz, das Fischereigesetz sowie der am 7. Dezember 1975 angenommene Verfassungsartikel 24bis, dessen Ausführungsbestimmungen über das Restwasserproblem günstigstenfalls 1990 in Kraft treten dürften.

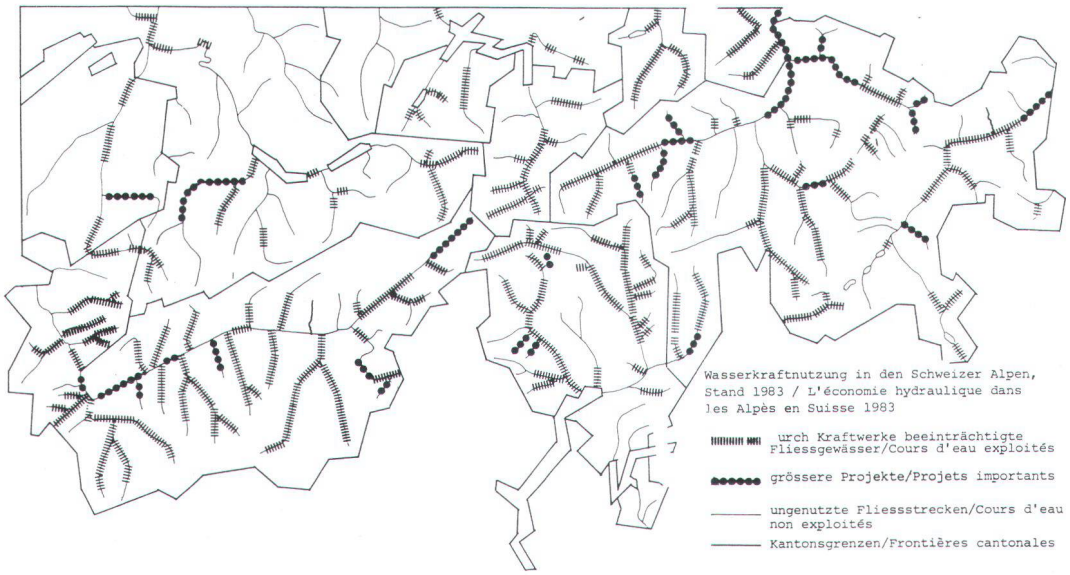
Was will man?

Was will die Initiative im einzelnen erreichen? Der *andauernden Zerstörung* unserer Gewässer soll Einhalt geboten werden. Die letzten natürlichen Bäche, Flüsse und Seen sind samt ihren Uferbereichen



Die neue Initiative will unter anderem Seeufer vor weiteren Bauwerken verschonen (oben) und Flussbett-«Sanierungen» auf das Nötigste beschränken. Abtreppungen wie im Bild unten verunmöglichen jeden Bewuchs. (Bilder SL)

La nouvelle initiative vise à protéger entre autres les rives des lacs contre de nouvelles constructions (en haut) et limiter au strict nécessaire les «assainissements» de cours d'eau. Les ouvrages en gradins (photo d'en bas) font obstacle à toute végétation.



effet non moins fatal que les grandes et spectaculaires réalisations.

Sur le plan juridique, la situation actuelle est lacunaire. Ni la loi sur la protection de la nature et du patrimoine, ni celle sur la protection des eaux (1971), ni la loi en discussion sur la protection de l'environnement, ni même les strictes prescriptions de la loi sur la pêche (1973), ni le nouvel article constitutionnel 24bis (1975), dont les ordonnances d'application sur les eaux résiduelles ne seront pas en vigueur avant 1990, ne permettent ou ne permettront d'empêcher les atteintes de la technique aux eaux et à leur cadre naturel.

La liste des exigences formulées par l'initiative établit dûment que «la coupe est pleine», et que dans de nombreux milieux, on n'est pas disposé à contempler plus longtemps le massacre sans réagir. Elle appelle les autorités à légiférer dans un domaine aussi important pour la santé psychique de notre peuple que pour la préservation du paysage, et à ne plus se contenter de la politique du coup par coup qui revient à appeler les pompiers en cas d'incendie. Mais l'initiative est aussi un avertissement au clan des hydro-électriciens, invités à ne pas dépasser la mesure en sacrifiant d'irremplaçables valeurs à de dérisoires pourcentages de production.

On peut comparer cette initiative aux mouvements qui ont abouti, il y a un siècle, à la loi fédérale sur les forêts, dont les auteurs voyaient loin et dont tout le monde se félicite aujourd'hui.

umfassend zu schützen. Eingriffe in die ebenfalls selten gewordenen naturnahen Gewässer dürfen nur noch beschränkt durchgeführt werden. Nicht mehr zulässig sind – mit Ausnahme bereits stark vorbelasteter Gewässer – inskünftig *Eingriffe zu Nutzungszwecken,* die den ökologischen oder landschaftlichen Charakter von Fliessgewässern oder Seen verändern. Stufenkraftwerke, Ausbaggerungen und umfangreiche Materialentnahmen in der Uferzone sollen nicht mehr erlaubt werden. Weiter will die Initiative dazu verpflichten, *belastete Gewässer und Gewässerabschnitte* zu sanieren, und in berechtigten Fällen dazu anhalten, Schäden nach dem Verursacherprinzip wiedergutzumachen. Wasserbaupolizeiliche Vorkehren sollen nur noch zulässig sein, wenn der Schutz von Leben und Gesundheit des Menschen oder von erheblichen Sachwerten sie zwingend erfordern. Ferner verlangt die Initiative, dass sowohl bei bestehenden als auch bei neuen Wasserkraftwerken und anderen Wassernutzungsanlagen *ausreichende Restwassermengen* garantiert werden. So müssen unter anderem die standortgebundenen Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen fortbestehen können. Ebenso dürfen schutzwürdige Landschaften und Grundwasservorkommen nicht erheblich beeinträchtigt werden. Um die Gemeinwesen vor übermässigen Schadenersatzforderungen bei geschmälerten Nutzungsrechten zu bewahren, stellt die Initiative die *wohlerworbenen Rechte* den übrigen Eigentumsrechten gleich. Demnach könnten Inhaber von Wasserrechtskonzessionen inskünftig nur noch dann Entschädigungen beanspruchen, wenn sie materiell enteignet werden. Zur *Finanzierung* solcher Ansprüche soll der Bund einen Fonds errichten, den die Besitzer von Wasserkraftwerken zu speisen haben. Ferner will die Initiative den Organisationen des Natur-, Heimat- und Umweltschutzes sowie der Fischerei Parteistellung einräumen. Endlich wird in den *Übergangsbestimmungen* postuliert, dass Vorhaben, für die bereits rechtsgültige Konzessionen oder Bewilligungen vorliegen, dem neuen Recht zu unterstellen sind, sofern mit den wesentlichen Bauarbeiten noch nicht begonnen worden ist.

Hemmend oder fördernd?

Man mag zwar zu Recht einwenden, das neue Begehren könnte sich kontraproduktiv auswirken und die Realisierung von schubladisierten Projekten in den nächsten Jahren eher beschleunigen als hemmen. Abgesehen davon, dass einer solchen Gefahr mit einem *Dringlichen Bundesbeschluss* zuvorzukommen wäre, dokumentiert die Initiative doch, dass das Mass der Belastbarkeit unserer Gewässer und Uferpartien erreicht und man in Fischerei- und Umweltschutzkreisen (und wohl auch darüber hinaus) nicht bereit ist, dem länger untätig zuzuschauen. Das Volksbegehren fordert die Bundesbehörden heraus, das Gesetzgebungsverfahren auf einem sowohl für unsere Landschaft als auch für die geistig-seelische Gesundheit unseres Volkes wichtigen Gebiet voranzutreiben und den ewigen *Feuerwehr-Zustand* endlich zu überwinden. Die Initiative ist aber auch ein Fingerzeig an die Elektrizitätswirtschaft, den Bogen nicht zu überspannen und wegen bescheidener Energieprozente unersetzliche ideelle Werte zu opfern. Schliesslich macht das neue Volksbegehren auch *Familie Schweizer* bewusst, dass ihre Energieansprüche auf die Dauer nicht ungestraft bleiben und das immer wieder geforderte Umdenken beim Einzelnen beginnen muss.

Marco Badilatti

Ständerat verwässert den Umweltschutz

Nach Auffassung des Vorstandes der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) sind die in der Junisession vom Ständerat gefassten Beschlüsse bezüglich des Umweltschutzgesetzes als Kampfansage an den Umweltschutz zu werten. Die kleine Kammer verzichtete zwar auf die von der vorberatenden Kommission vorgeschlagene Einfügung der «wirtschaftlichen Tragbarkeit», doch hat sie zahlreiche Abstriche beschlossen, die das Gesetz praktisch wirkungslos machen würden.

Bei der Würdigung des heutigen Gesetzesentwurfes ist davon auszugehen, dass bereits die vom *Nationalrat* verabschiedete Fassung ein *Kompromisswerk* darstellte, das wesentliche Fragen ungeregelt liess. Der wichtige Grundsatz, dass die Umweltbelastung nicht mehr weiter zunehmen darf und nach Möglichkeit vermindert werden muss, wurde schon in einer frühen Phase der Gesetzgebungsarbeiten fallengelassen. Verzichtet wurde ferner auf die Kausalabgaben, ein unentbehrliches Instrument zur konsequenten Durchsetzung des Verursacherprinzips. Wesentliche Aspekte des *Natur- und Landschaftschutzes* wurden im Gesetz ausgeklammert. Die Abfallbeseitigung wurde mit unverbindlichen «Kann»-Vorschriften geregelt und die Vorschriften bezüglich umweltgefährdender Stoffe beinhalten im wesentlichen die Selbstkontrolle, die aufgrund der bisherigen Erfahrungen offensichtlich nicht genügt, um die zunehmende Chemisierung der Umwelt unter Kontrolle zu bringen. Trotz all dieser Mängel haben die Umweltschutzorganisationen der Fassung des Nationalrates – im Sinne einer *Minimalvariante* – aus realpolitischen Gründen zugestimmt. Sie wollten damit weitere Verzögerungen der Gesetzgebungsarbeiten und umweltpolitischer Massnahmen vermeiden.

Kompromisslos

Die Kompromissbereitschaft der Umweltschutzorganisationen ist vom Ständerat schlecht belohnt worden, denn er hat nun auch an den noch verbleibenden Eckpfeilern des Gesetzes Abstriche vorgenommen, die unter keinen Umständen akzeptiert werden können. Im Zentrum dieser Demontage steht die Verwässerung der *Umweltverträglichkeitsprüfung* und die Streichung der *Verbandsbeschwerde.* Die Erfahrungen mit dem Natur- und Heimatschutzgesetz zeigen, dass die Verbandsbeschwerde ein äusserst wichtiges Instrument ist, um einen gesetzeskonformen Vollzug von Vorschriften sicherzustellen. Die hohe Erfolgsquote von 42 Prozent im Bereich des Natur- und Heimatschutzes zeigt, wie wichtig dieses Kontrollinstrument ist. Ohne die Verbandsbeschwerde wären von der Verwaltung in zahlreichen Fällen gesetzeswidrige Entscheide getroffen worden, die nicht mehr hätten korrigiert werden können.

Wie wenig dem Ständerat ein wirksamer Vollzug des Gesetzes bedeutet, ergibt sich aus der Tatsache, dass er auch das